

## Plenarrede vom 9.März 2010

### Aus dem Plenarprotokoll 14/144 des Landtag Nordrhein-Westfalen (16769 – 16771)

**Günter Garbrecht** (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich hoffe, das ist nicht meine letzte Rede.

(Heiterkeit – Barbara Steffens [GRÜNE]: Sie sind ja noch keine 71!)

Ich will zunächst über das Urteil des Bundesverfassungsgerichts sprechen. Das Bundesverfassungsgericht hat mit seinem Urteil wahrlich keinen utopischen oder unfinanzierbaren Sozialstaat gefordert. Es hat aber den Sozialstaatsverächtern, die es in diesem Lande durchaus gibt, die unterste Grenze aufgezeigt, die zwingend einzuhalten ist, wenn der Staat nicht gegen seine eigenen Prinzipien verstoßen und handeln will.

Gut drei Wochen hat sich die Republik mit obskuren Berechnungen über den nicht einzuhaltenden Lohnabstand beschäftigt. Ruhe kehrte erst ein, nachdem der DPWV anhand von 196 Beispielrechnungen nachwies, dass der Lohnabstand zum Transfereinkommen auch in den unteren Lohngruppen eingehalten wird. Die Diskussion war völlig haltlos und obskur, weil bei den ursprünglichen Berechnungen Einkommensbestandteile wie Wohngeld und Kinderzuschlag ganz offensichtlich vorsätzlich herausgelassen worden sind. – Das zur heutigen Realität des Lohnabstandes.

Ich möchte Ihnen ein anderes Bild der Realität zeichnen: 27.000 Arbeitslose bewerben sich auf 650 Stellen. Das stand nicht in der „Bild“-Zeitung, die uns ja immer von dem anstrengungslosen Wohlstand im Lande berichtet.

650 Stellen hatte die Berliner Stadtreinigung zu vergeben, und auf diese 650 Stellen – da ging es um Schneeschippen und darum, die Stadt vom Eis zu befreien – haben sich 27.000 Arbeitslose beworben.

Das, meine Damen und Herren, spiegelt die Realität eher wider, nicht aber die sich seit Jahren durch Talkshows ziehenden und von Medien verbreiteten Geschichten weniger Einzelner, die sich irgendwie durchs System schlängeln.

Deswegen sind auch die Ausführungen des Vizekanzlers über die spätrömische Dekadenz nicht nur ein offensichtlicher Frontalangriff auf den Sozialstaat, sondern er beleidigt damit auch Millionen von Menschen, die harte Arbeit leisten müssen und dafür Dumpinglöhne kassieren.

(Beifall von der SPD)

Und er stempelt die 11,7 Millionen Deutschen, die von Armut bedroht sind, die weder Arbeit noch Perspektive haben, zu Sozialschmarotzern ab, um von seiner Politik der Steuererleichterungen für wenige Wohlhabende abzulenken.

Und ohne das Verfassungsurteil zu nennen, startet der Vizekanzler eine Attacke gegen den Leitsatz des Gerichtes, auf den unmittelbar verfassungsrechtlich abgesicherten Leistungsanspruch auf Gewährung einer menschenwürdigen Existenz. Wer in anderen Bezügen oder zumindest in früheren Zeiten die Verfassung und deren Interpretation durch das Bundesverfassungsgericht so ignoriert und in Zweifel gezogen hätte, der stände schnell als Feind der Grundrechte und der Verfassung im Visier. Aber gilt dieser Maßstab eigentlich nicht für die Sozialpolitik? Und gilt dieser Maßstab nicht auch für den Vizekanzler dieser Republik?

Es gibt auch andere Maßstäbe, die zum Teil auch von Liberalen gesetzt wurden. Ich möchte Lord Dahrendorf zitieren. Er hat von „Sense of Belonging“ – ich hoffe, dass ich das richtig ausgesprochen habe; ich übersetze es aber – gesprochen.

(Gerd Stüttgen [SPD]: Besser als Oettinger!)

– „Besser als Oettinger“, höre ich gerade. Danke schön.

Der liberale Lord Dahrendorf hat von „Sense of Belonging“ – das bezeichnet das Zusammengehörigkeitsgefühl – gesprochen, wenn es um den notwendigen Zusammenhalt einer Gesellschaft geht. Das erfordert Solidarität der Starken mit den Schwachen und nicht deren Ausgrenzung.

Weiterhin hat Lord Dahrendorf gesagt:

Keine Gesellschaft kann es sich leisten, 10 % von ihren Chancen auszuschließen, ohne moralischen Schaden zu nehmen. ... Wenn wir in zivilisierten Gemeinwesen leben wollen, dann müssen wir tun, was wir können, um die Ausgeschlossenen hereinzuholen in die Chancenwelt des sozialen Lebens.

In diesem Sinne, meine Damen und Herren – das möchte ich den Liberalen gerne mit auf den Weg geben –,

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Welchen Liberalen?)

ist auch der Vorschlag von Hannelore Kraft zu verstehen. Er hat nichts, aber auch rein gar nichts mit dem Vorschlag von Westerwelle und der von ihm vom Zaun gebrochenen Diskussion zu tun.

(Beifall von der SPD – Zurufe von der CDU)

Die Konsequenz aus dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts ist eindeutig: Höhere Regelsätze erfordern einen gesetzlichen Mindestlohn, da der Sozialstaat ansonsten auch in seiner Finanzierbarkeit und seiner Akzeptanz geschwächt würde. Wir brauchen ein Lohnabstandsgebot von oben. Das bedeutet, die Löhne müssen höher sein als die Sozialleistungen der Grundsicherung.

(Beifall von der SPD)

Und wer arbeitet, muss mehr haben als derjenige, der nicht arbeitet. Das ist heute so und muss auch in Zukunft so bleiben. Aber wer arbeitet, der muss dafür auch eine existenzsichernde Bezahlung erhalten.

(Beifall von der SPD)

Denn sozial ist nur existenzsichernde Arbeit. Zum Lohnabstandsgebot, Herr Minister, erwarten wir auch noch Ihre Vorlage; Sie haben noch bis zum. Mai Zeit. Denn natürlich ist auch der § 28 des SGB XII, der das Lohnabstandsgebot regelt, nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts nicht mehr haltbar.

(Das Ende der Redezeit wird signalisiert.)

Also, auch aus diesen Gründen brauchen wir zwingend den Mindestlohn, und ich gehe davon aus, dass sich auch die Union insbesondere hinsichtlich der Arbeitnehmerfreizügigkeit dieser Position anschließen wird.

**Vizepräsident Edgar Moron:** Herr Kollege!

**Günter Garbrecht** (SPD): Ich will nur noch zwei Sätze sagen, meine Damen und Herren, Herr Präsident.

Darüber hinaus muss für zumutbare Beschäftigung nach dem SGB II oder dem SGB III als zwingende Lohnuntergrenze die tarifliche oder die ortsübliche Bezahlung stehen. Bei der Abschaffung waren Sie leider die treibende Kraft, Herr Laumann. Sie könnten sich auch einmal auf der anderen Seite engagieren.

**Vizepräsident Edgar Moron:** Herr Abgeordneter, kommen Sie bitte zum Ende Ihrer Rede.

**Günter Garbrecht** (SPD): Niedriglöhne können und dürfen kein Maßstab sein. Darin stimmen wir Bert Rürup eindeutig zu. Denn damit würde eine verfassungswidrige Abwärtsspirale in Gang kommen. Kehren Sie endlich um. Machen Sie sich nicht aus dem Staub. Stehen Sie zu Ihrer Verantwortung.

**Vizepräsident Edgar Moron:** Herr Kollege Garbrecht.

**Günter Garbrecht** (SPD): Treten Sie mit uns für einen Lohnabstand durch Lohnanstand und für Mindestlöhne ein.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)